

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.60 M. Einzelhefte 5 Pf. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Glick und Güte.

Wollen wir glücklich sein? — Gütig müssen wir sein. Austin.

Das Glückswort ist das stärkste Motiv menschlichen Handelns und Lebens. Es durchzieht die ganze Menschheit. Nur in seiner Richtung und seiner Aeußerung ist es abhängig von der Eigenart, von Charakter und Temperament, vom geistigen und sittlichen Werte des Menschen. Die Eigenschaften des höheren Geistes- und des niederen Stimmlebens spalten auch das Glückswort, so daß es einerseits in den überweltlichen Regionen, andererseits in der Welt materiellen Genusses seine Verwirklichung findet. Die Menschheit strebt nach Glück, doch ist es klar, daß hier volles Glück nicht zu finden ist, weil die irdische Hälfte des Menschen leer ausgeht. Es liegt aber im Wesen des Glückseligen, daß es den ganzen Menschen umfaßt und alle seelischen Tiefen ausfüllt, darum ein dauernder Zustand sein muß. Zu diesem Glück, das ja hienieden nur bis zu einem gewissen Grade erreicht werden kann, führt ein Weg: das Glück nicht außen suchen, sondern es im Innern gestalten; das Glück nicht von andern erwarten, sondern selbst andere glücklich machen — mit einem Worte „gütig sein“.

Jeder hat es erfahren, wie wohl es einem ums Herz ist, wenn man andern eine Freude bereitet hat, wenn man sie unterstützt hat in der Not und ausgerüstet hat im Leide. Diese kleinen Handlungen folgten guten und menschenfreundlichen Regungen, die leider nur zu schnell von Lieblosigkeit wieder verdrängt werden. Güte aber ist ein dauerndes Wohlwollen allen Menschen gegenüber; es ist eine Kraft, die alle besser und glücklicher macht, die mit ihr in Verbindung kommen; es ist ein mildes Hauch aus einem schönern Lande, der allen wohl tut; es ist ein seelisches Raubmittel, das, um mit Goethe zu reden, „auf Tausende ein Balsam träufelt“.

Wenn die Güte in ihrer Aeußerung so glücklich macht, um wie viel mehr ihren Träger! Sie setzt voraus, daß alle selbstthätigen Regungen verstanden, daß die Leidenschaften, die das seelische Gleichgewicht stören, zur Ruhe gekommen, daß also die Quellen des Selbstverschuldeten Unglücks verstopft sind. Die Güte entsaltet sich nur dort, wo die Engen der Mißgunst und des Hochmuts gesprengt wurden. Sie ist die harmonische Vollendung einer im Lebensstrome ausgeglichenen eblen Menschenseele.

Wer glücklich werden will, beschreibe sich nicht auf einzelne gute Handlungen, er beschreibe über sein selbstliches Ich hinaus den Weg zur reinen Güte.

Der auswärtige Handel in der Metallindustrie.

Eine zunehmende Bedeutung in der Produktionsziffer der deutschen Metallindustrie, hat die Stabeisenherzeugung genommen. Die Kämpfe im Stahlwerkverband sprechen ja deutlich genug. Entsprechend dem Wachstum des inländischen Verbrauchs ist auch die Ausfuhr gestiegen; die höchste Ausfuhrzahl an Trägern hat das Jahr 1907 erreicht, sie betrug 391 726 T. im Werte von 49 080 000 M., 1908 waren es 271 513 Tonnen im Werte von 31 015 000 M., 1909 301 545 T. im Werte von 32,2 Mill. M. und 1910 382 192 T. im Werte von 40,5 Millionen Mark. Diese Zahlen wurden in den früheren Jahren niemals erreicht. Die Bergwerksbarkeit, mit denen vor 1906 ist allerdings eine mangelhafte, da seitdem eine neue natürliche Anordnung, die sich an den neuen Hüttentarif anschließt, in Kraft getreten ist. Eine Unterscheidung zwischen Trägern und anderen nicht geformten Stabeisen ist nicht getroffen. Unter Berücksichtigung dieses und noch anderer Momente betrug die Ausfuhr 1900 172 533 T. im Werte von 25,4 Mill. M., nachdem sie vorübergehend i. J. 1893 268 698 T. im Werte von 30,6 Mill. M. den höchsten Stand seit 1880 erreicht hatte. Vor 1905 hat die Ausfuhr niemals den Wert von 40 Mill. M. erreicht. Die Ausfuhr an anderen Stabeisen als Trägern, auch zum Umschmelzen betrug 1910: 403 431 T. im Werte von 48 Mill. M., 1909 332 048 T. im Werte von 34,7 Mill. M., 1908 378 177 T. im Werte von 41,2 Mill. M., 1907 216 160 T. im Werte von 28,3 Millionen M. Die Einfuhr ist diesen Zahlen gegenüber sehr gering. Sie betrug an Trägern in den einzelnen Jahren 1907 bis 1910 noch nicht für eine halbe Million. Die Einfuhr an nicht geformten Stabeisen ist etwas größer, der Ausfuhr gegenüber aber von gar keiner Bedeutung. Sie stellte sich i. J. 1910 nur auf 21 000 T. im Werte von 3,8 Mill. M.

Die Ausfuhr von Band- und Reifeisen betrug 1907 87 294 T. im Werte von 13,3 Mill. M., 1908 103 257 T. im Werte von 12,6 Mill. M. 1909 118 654 T. im Werte von 13,9 Millionen und 1910 110 868 T. im Werte von 14,0 Mill. M. Sie ist seit 1907 also nicht sehr gewachsen. Aus dem oben angegebenen Grunde können für die früheren Jahre keine Zahlen angegeben werden. Die Einfuhr erreichte 1907 einen Wert von 635 000 M., 1908 einen solchen von 526 000 M. 1909 von 567 000 M. und 1910 einen solchen von 960 000 M.

Als Haupteinfuhrland für Träger kommt in erster Linie Großbritannien in Betracht, die Ausfuhr dahin betrug 1910 fast ein Viertel der Gesamtausfuhr mit 98 868 T. im Werte von 9 250 000 M., 1907 hat sie noch über ein Viertel der Gesamtausfuhr getragen nämlich 112 050 T. im Werte von 13 670 000 M., sank dann allerdings 1908 auf die Hälfte mit 58 861 T. im Werte von 6 622 000 M. 1909 brachte dann einen weiteren Rückgang und erst das letzte Jahr brachte wieder einen Aufschwung. Weitere gute Abnehmer für Träger sind

die Schweiz, Argentinien, die Niederlande, Italien, auch Dänemark und in den letzten Jahren Kanada. Die Ausfuhr gerade hierher hat sich rasch gehoben. 1908 wird dieses Land nicht genannt, 1909 betrug der Ausfuhrwert 393 000 M. und 1910 1 218 000 M.

Das Hauptbezugsland für anderes, nicht geformtes Stabeisen ist Japan. Die Ausfuhr dahin betrug 1910 59 311 T. im Werte von 5,9 Mill. M. Gegen das Jahr 1908 ist allerdings ein Rückgang zu verzeichnen, denn da betrug sie 64 370 Tonnen im Werte von 6,6 Mill. M. Der gegenwärtige Aufschwung läßt erwarten, daß das laufende Jahr den Verlust wieder einholt. Recht stattlich ist die Ausfuhr nach den Niederlanden — sie betrug 1910 45 769 T. im Werte von nahezu 5 Mill. M. (4,93 Mill. M.) Argentinien und Großbritannien waren mit einem Werte von über 4 Mill. M. am Bezug deutschen Stabeisens beteiligt. Ueber 3 Millionen betrug die Ausfuhr nach Belgien, Indien und Dänemark; über 2 Mill. die nach Belgien und nahezu diese Zahl die nach Rumänien und der Schweiz. Der bedeutendste Abnehmer für Band- und Reifeisen war und ist heute noch Belgien. Die Ausfuhr dahin stellte sich i. J. 1910 auf 15 938 T. im Werte von fast 2 Mill. M. An zweiter Stelle steht Großbritannien mit einer deutschen Einfuhr von 16 469 T. im Werte von 1,94 Mill. M., dann folgte die Schweiz mit einem Einfuhrwert von fast 1 1/2 Mill. M. und die Niederlande mit einem solchen über 1 Million M.

Reigt sich schon in den genannten Artikeln eine starke Abhängigkeit der deutschen Metallindustrie vom Auslandsmarkt, so noch mehr im Absatz von Eisenbahnmateriale. Den ersten Platz nimmt die Ausfuhr von Schienen ein. Schon im Jahre 1880 betrug sie 230 204 T. im Werte von 29,9 Mill. M. und hat damit einen Höhepunkt erreicht, der bis zum Jahre 1902 nicht mehr erreicht wurde. Der Ausfuhrwert bewegte sich vielmehr bis 1902 immer zwischen 20 und 10 Millionen M. Den niedrigsten Stand wies das Jahr 1896 auf, wo nur 87 360 T. im Werte von 7,4 Mill. M. zum Vordringen ins Ausland kamen. In den letzten 6 Jahren war die Ausfuhr mit folgenden Zahlen vertreten: 1905: 284 316 T. im Werte von 27,2 Mill. M., 1906: 389 269 T. im Werte von 38,4 Mill. M., 1907: 417 693 T. im Werte von 50,6 Mill. M., 1908: 331 323 T. im Werte von 37,9 Mill. M., 1909: 264 662 T. im Werte von 33,5 Mill. M., 1910: 515 722 T. im Werte von 54,3 Mill. M. Damit ist der höchste Stand erreicht worden. Wenn aber nicht alles klappt, wird der Abschluß von 1911 noch günstiger sein als der von 1910.

Die Einfuhr ist absolut und relativ ganz unbedeutend. Sie betrug 1910 nur 745 T. im Werte von 89 000 M.

Als Haupteinfuhrländer kommen Argentinien, Großbritannien, die Niederlande und Japan in Betracht. Bei dem Ausfuhrlande von Eisenbahnschienen spielen natürlich die Länder eine bedeutende Rolle, die jetzt erst dem Verkehr ganz erschlossen werden — wie z. B. Argentinien. Die Ausfuhr dort hin betrug 1910 110 936 T. im Werte von 11 426 Mill. M., 1909 dagegen kaum die Hälfte dieser Zahlen. Wir gehen gewiß nicht fehl, wenn wir glauben, daß im laufenden Jahr die Einfuhr nach China die bereits 1910 22 095 T. im Werte von 2,09 Mill. M. betragen hat, eine starke Steigerung erfahren wird. Der Grund liegt in der energischen Inangriffnahme verschiedener Bahnlücken. Natürlich bleiben diese Staaten, auch wenn die Hauptbestellungen durch Fertigstellung der Bahnen erledigt sind, immer noch schätzenswerte Kunden, da starke Nachlieferungen gerade bei Eisenbahnschienen immer erforderlich sind; es wird dies am besten durch das Beispiel Großbritanniens bargetan, daß 1910 mit der Abnahme von deutschen Eisenbahnschienen an 2. Stelle stand. Die Ausfuhr dahin betrug 72 931 T. im Werte von 7,3 Mill. M., womit allerdings eine Rekordzahl erreicht wurde. Ein bedeutsamer Faktor in unserem Ausfuhrhandel ist die größere Aufnahmefähigkeit unserer Kolonien. Zuerst trat Deutsch-Südwestafrika als Käufer auf. 1905 betrug die Ausfuhr dahin 6260 T. im Werte von 626 000 M., 1906: 11 133 T. im Werte von 1,2 Mill. M., 1907: 10 615 T. im Werte von 1,3 Mill. M., 1908 und 1909 brachten einen starken Rückgang, die Ausfuhr betrug 1908: 7 239 T. im Werte von 796 000 M., 1909 sank sie gar auf 444 T. im Werte von 49 000 M., um 1910 auf 14 009 T. im Werte von 1,54 Mill. M. zu steigen. Deutsch-Ostafrika konnte 1909 13 574 T. im Werte von 1,5 Mill. M. aufnehmen, 1910 12 801 T. im Werte von 1,4 Mill. M. Für unsere Metallindustrie wäre es natürlich nur zu begrüßen, wenn sie in unsern Kolonien einen Markt fände, denn er käme an Sicherheit und Stetigkeit dem einheimischen gleich. Die Verkehrspolitik, die gerade jetzt wieder eifrig gepflegt wird, läßt uns hoffen, daß dies in absehbarer Zeit erreicht wird.

Von sonstigem Eisenbahnmateriale sind für den Außenhandel die Eisenbahnlaschen, die Schwellen und die Unterlagsplatten von Bedeutung, ebenso die Eisenbahnmägen, Radeisen und Radsätze. Die Ausfuhr der ersteren betrug i. J. 1910: 162 990 T. im Werte von 17,7 Mill. M. Sie hat sich seit 1905 ganz bedeutend gehoben. Von 1880 bis dahin schwankte sie meist zwischen einem Wert von 1 Mill. und 5 Mill. M., 1904 betrug dieser noch 8,2 Mill. M., um im Jahre 1905 auf das Doppelte zu steigen. 1906 stellte sich die Ausfuhr auf 165 047 T. im Werte von 17,5 Mill. M., 1907 auf 206 940 T. im Werte von 23,1 Mill. M., 1908 auf 121 993 T. im Werte von 13,0 Mill. M. und 1909 auf 121 742 T. im Werte von 12,4 Mill. M. Als Einfuhrländer kommen natürlich die in erster Linie in Frage, die auch Großabnehmer für Schienen sind, also vor allem Großbritannien und Argentinien sowie auch die Niederlande. Die Ausfuhr nach England betrug 1910

20 122 T. im Werte von 2,1 Mill. M. Noch nicht lange nimmt Englands Einfuhr diese Bedeutung für unsern Handel ein; noch 1909 betrug die Ausfuhr dort hin nur 3794 T. im Werte von 422 000 M. In den früheren Jahren war sie so gering, daß sie in der Statistik gar nicht besonders erwähnt ist. Der Ausfuhrwert nach Argentinien war 1910 1,4 Mill. und 1909 2,3 Mill. M. Melastit recht beabsichtigt sind die Bahnen, die unsere Kolonien aufzuarbeiten. Die Ausfuhr nach Südwestafrika stellte sich 1907 auf 10 803 T. im Werte von 1,2 Millionen M., vorher war der Ausfuhrwert immer unter eine Million M. geblieben. 1908 sank er wieder auf 607 000 M., 1909 sogar auf 55 000 M. 1910 stieg die Ausfuhr dann auf 14 099 T. im Werte von 1,4 Mill. M. Deutsch-Ostafrika führte 1909 16 468 T. im Werte von 1,8 Mill. M. und 1910 11 194 T. im Werte von 1,2 Mill. M. ein.

Von besonderem Interesse dürfte es zurzeit sein, die Aufnahmemenge von deutschem Materiale durch die Türkei zu kennen. An Schienen wurden dahin 1910 ausgeführt 15 749 Tonnen im Werte von 1,7 Mill. M., eine Zahl, die bereits im Jahre 1907 erreicht worden ist. Vor diesem Jahre war die Lieferung dahin ganz unbedeutend, ihr Wert betrug nicht einmal 100 000 M. Eisenbahnlaschen usw. kamen zur ersten Mal im Jahre 1910 zur Versendung nach der Türkei und zwar 17 812 T. im Werte von 1,9 Mill. M., 1909 war der Ausfuhrwert nur 87 000 M.

Ohne Bedeutung ist die Türkei für die Ausfuhr von Eisenbahnlaschen, Radeisen, Mägen und Radsätzen. Die Gesamtausfuhr dieser betrug 1910 70 493 T. im Werte von 15,5 Mill. M. Die Rekordzahl von 1907 mit 74 788 T. im Werte von 19,4 Mill. M. hat keines der folgenden Jahre zu erreichen vermocht; 1908 sank der Ausfuhrwert auf 17,9 Mill. M., 1909 auf 14,6. Hauptabnehmer sind Italien 15 122 T. im Werte von 3,32 Mill. M.), Kanada (8339 T. im Werte von 1,8 Mill. M.) und Großbritannien (8884 T. im Werte von 1,1 Mill. M.). Die Einfuhr ist für die beiden letztgenannten Gruppen von keiner Bedeutung.

Die Menge der bis jetzt angeführten Waren umfassen noch lange nicht die Gesamtausfuhr unserer Metallindustrie. Wichtigste Zweige dieser sind nicht berücksichtigt. Ihre Produkte, Werke, Rohstoffe und Eisenwaren sollen in einem besonderen Aufsatze behandelt werden.

Unehrliche Kampfweise.

Erstlich ist es jedem ehrlichen Gewerkschaftler, wenn sich trotz aller vorhandenen Gegenstände in unserer zerstückelten Arbeiterbewegung Berührungspunkte ergeben, die eine gemeinsame Betätigung bei wichtigen Anlässen ermöglichen. Es ist ja an sich klar bedauerlich, daß es der sozialdemokratischen Partei, die ja aus ihrer Gegnerschaft die Gewerkschaftsarbeit niemals ein Fehl gemacht hat, gelungen ist, diese wirtschaftliche Bewegung des Arbeiterverbandes durch Eintragen ihrer politischen Agitation zu zergründen und zu spalten. Für diese, den ganzen Arbeiterstand schwer schädigende Tätigkeit wird Maso Griffel der Sozialdemokratie sicherlich keine Ruhmesblätter schreiben. Daran kann auch die momentane numerische Stärke der sozialdemokratischen Richtung nichts ändern. Schon wiederholt ließen sich weite Kreise des Volkes von gewissenlosen Demagogen eine „Fata-Morgana“ als Wirklichkeit aufschwäben — aber auch jedesmal folgte dem Mäusche die Ernüchterung und vor der rauhen Wirklichkeit zerbrachen schließlich alle Fingerringe, wie Seifenblasen.

Diesem Schicksal wird über kurz oder lang auch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung nicht entgehen können, weil sie nicht ihrer Zwecksetzung als einer wirtschaftlichen Organisation, sondern der politischen Sozialdemokratie dient. Wer an letzterem bislang noch gewweifelt, den hat jedenfalls das Echo, welches die Vereinbarungen unseres christlichen Metallarbeiterverbandes mit dem F.-D. Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter in der roten Gewerkschaftspresse auslösten, eines besseren belehrt. Im traurigsten in dieser Hinsicht war das Verhalten des Organs der „Zukunft“ in Frage kommenden Organisation, der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“. Von einem Gewerkschaftsblatt hätte man erwarten dürfen, daß es seinerseits die Vereinbarungen, die doch die Schaffung eines besseren Verhältnisses zwischen den deutschen Metallarbeiterorganisationen bezwecken, begrüßt und die Eignetheit zur Mitarbeit betont hätte. Die Metallarbeiterzeitung aber, die doch ein Arbeiterblatt zu sein vorgibt, kämpft ohne jeden Grund: „Streikbruchversicherungsgesellschaft“. Das war kein Heldentat, sondern der Ausfluß jenes erbärmlichen Fanatismus, ohne den auch rote Schläcker letzter Güte im Kampfe gegen Andersdenkende nicht auskommen zu können glauben. Dieser fanatische Ausfall hat aber wieder aufs neue bewiesen, daß der Metallarbeiterzeitung die Einigkeit der Arbeiter schwebt, wenn dabei die Interessen der politischen Sozialdemokratie zu kurz kommen könnten. Es bestärkte sich hier wieder, was kundige freilich schon länger sagten, daß das Ziel der „freien“ Gewerkschaften politischer Natur ist und sie ihr ganzes Verhalten, ihre Bewegungen und Kämpfe dem politischen Küngele der Sozialdemokratie unterzuordnen haben.

Der von den „freien“ Gewerkschaften immer wieder vorgeführte Grund für ihre Haltung zur Sozialdemokratie, „die Arbeiter müßten deswegen Sozialdemokraten sein, weil nur diese Partei eine den Arbeitern günstige Politik, insbesondere auch Wirtschaftspolitik erlaube“, entspricht einfach nicht den Tatsachen. Max Schippel, der wirtschaftspolitische Berater der freien Gewerkschaftsleitung, klangschmeichele die so-

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik seinerzeit auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Stuttgart durchaus zutreffend mit dem Satz:

„Sicht der Freihandel auf dem Regierungskursen, so wird gegen den Freihandel losgelegt, ist der Schutz vor dem Regierungskursen, gegen den Schutz vor dem Hauptache ist, das ordentlich losgelegt wird.“

(Protokoll Seite 182.) Um die wirtschaftlichen Beweggründe, die da die Protagierung der sozialdemokratischen Freiheit innerhalb der „freien“ Gewerkschaften verfertigen sollen, ist es also miserabel flau bestellt. Dem ruhigen Beobachter der ganzen Entwicklung im „freien“ und roten Lager drängt sich vielmehr die Überzeugung auf, daß von den „freien“ Gewerkschaften hinsichtlich ihres Verhältnisses zu der sozialdemokratischen Partei das Wort gilt: „Der Dien muß!“ Die ganze „freie“ Freiheit ist wahrlich nur so lange, als die „freien“ Führer und Blätter sich dazu hergeben, den an sich gesunden Gewerkschaftsgedanken zum Nährboden für die Zwecke der praktisch bankrott gewordenen Sozialdemokratie herabzuwürdigen. Daher auch die wilde Bekämpfung der anderen Organisationsrichtungen.

Wäre der deutsche Metallarbeiterverband das, was er scheinen will, nämlich eine Vereinigung zur Hebung der wirtschaftlichen Lage der Metallarbeiter, dann hätte er das Abkommen zwischen uns und dem F. D. Gewerkschaften freudig begrüßt und auch seinerseits versucht, die Interessengemeinschaft weiterzuspannen. Statt dessen aber schimpft er — „Streikbrüdervereinerungsgesellschaft“. Warum wohl? Die Gründe liegen offen zu Tage. Der „Deutsche“ darf nicht, wenn er seiner ihm vorgeschriebenen Forderung entsprechen und sich die „Pannebock“ vom Halse halten will. Für ihn ist die Hauptsache die Metallarbeiter zu Sozialdemokraten zu machen, und das kann er nur erreichen mit der niedrigen politischen Verheißung und den nichtsnutzigen Verbündigungen und Verteilungen gegen die anderen Metallarbeiterorganisationen. Dieses feige Duden vor dem Willen und der Macht politischer Demagogen seitens dieser großen Metallarbeiterorganisation ist im allgemeinen Interesse der deutschen Metallarbeiter sehr bedauerlich. Doch bedauerlicher aber die gemeingefährliche verlogene Gehe, wodurch dieses arbeiterverräterische Gebahren beschönigt und die Schuld auf andere Schultern abgewälzt werden soll.

Dieses unehrliche Gebahren zwingt uns erneut zu der Konstatierung, daß christliche organisierte Metallarbeiter nicht überall dort Solidarität geübt haben, wo man sie als gleichberechtigt behandelt hat. Zudem stellte der christliche Metallarbeiterverband zu den Sozialdemokraten ein verhältnismäßig gleichgroßes Kontingent seiner Mitglieder als der sozialdemokratische „Deutsche“. Das beweist die Statistik. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre, waren 9,2 Prozent von unserer durchschnittlichen Mitgliederzahl in Streiks- und Aussperrungen beteiligt, beim sozialdemokratischen Verband dagegen nur 8,4 Prozent. Trotzdem magt das offizielle Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes von einer „Streikbrüdervereinerungsgesellschaft“ zu reden. Pfui!

Ebenso kann der christliche Metallarbeiterverband einen Vergleich hinsichtlich der Quote, die von den Mitgliederbeiträgen als Streikunterstützung verwendet wurde, sehr wohl ausfallen. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband gab von je 100 M. Mitgliederbeiträgen für Streikunterstützung aus: 1909 5,7 M., 1910 23,6 Mark; unser Verband dagegen 1909 5,4 M., 1910 27,2 Mark. Also auch hier eine stärkere Belastung des christlichen Metallarbeiterverbandes durch Streiks und Aussperrungen. Trotzdem schimpft das rote Blatt in seinem Merger: „Streikbrüdervereinerungsgesellschaft“. Warum? — Weil sein sachliches Votum zu Ende ist, und um jeden Preis, selbst auf Kosten der Wahrheit der Gegner heruntergerissen und verächtlich werden muß! Das ist nun durchaus nichts Neues. In Lüge und Verleumdung glaubt man jetzt im roten Lager wieder das Unfehlbare, „schmerzstillende Halsband“ für die christlichen Organisationen entdeckt zu haben. Nur schade, daß die Statistik einen hiden Strich durch das ganze unehrliche Mandat zieht.

Zu Kurz und Frommen der deutschen Metallarbeiterschaft sei hier lediglich die Tatsache angemerkt: Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat durch die unqualifizierbare Stellungnahme zu den Vereinbarungen in seinem Organ wiederum den Beweis erbracht, daß er seinem Meier, der Arbeiterpersönlichkeit, nach wie vor treu zu bleiben gedenkt. Mit dieser Konstatierung wollen wir es für heute genug sein lassen. Unsere Kollegen aber mögen nicht vergessen, dieses Verhalten der roten Führer den verführten Kollegen von der anderen Seite zur Kenntnis zu bringen. Die beste Antwort auf das rote Geschimpfe ist verlässliche Vorbereitung für unsere Sache. Ein starker christlicher Metallarbeiterverband gibt uns die sichere Gewähr einer tatkräftigen Förderung der wirtschaftlichen Interessen der deutschen Metallarbeiter — allen roten Querschnitts zum Trost. Darum an die Arbeit!

Elektromonteur voran!

Dem aufmerksamen Gewerkschaftler, der da durch die alte Erfahrung gewöhnt ist, mit offenen Augen durch die Welt zu gehen, gelang es schon wiederholt, wahre Tragödien von sogenannten Arbeitsverträgen aus Licht der Deutlichkeit zu ziehen. Rechte und Pflichten sind in solchen Verträgen gewöhnlich so gerundet, daß erstere ausschließlich den Arbeitgebern und letztere den Arbeitnehmern zugewandt sind. Solche Verträge stiften nun aber durchaus nicht, wie viele unserer Kollegen glauben werden, nur ein verhältnismäßig kümmerliches Leben in einigen hinterwälderischen Orten unseres lieben Vaterlandes, sondern auch unsere Elektromonteur in heutzutage geübten und Substanzzentren dürfen sich solcher Arbeitsverträge rühmen — parbon schämen. Selbstherrliche Willkür nur ausüben, ihren Vorteil wahrnehmender Unternehmer einzusetzen und Mangel an Energie und Selbstvertrauen, zum Teil auch ein grundverlehter und schändlicher Berufsdünkel andererseits, haben es so „herrlich“ weit gebracht.

Vor mir liegt ein solcher „Muster“-Arbeitsvertrag, der unter anderem folgende kessliche Punkte enthält: „... fehlendes oder zuweniges (!) Werkzeug wird in Bezug gebracht, der Berechnung des Wages ist der Neuwert (!!) zugrunde zu legen. Die Entlassung kann jederzeit ohne Kündigung erfolgen...“ Solche Verträge klingen wie Hohn in einer Zeit, die sich gegen im Vertrauen der Hebung als fortgeschritten und sozial hinzustellen bezieht. Ob Bestimmungen wie die erstere überhaupt Rechtskraft haben? Dem gesunden Menschenempfinden nach verhalten sie jedenfalls gegen Treu und Glauben und gegen die guten Sitten und wären demnach, trotz der unter dem Druck des Verdienstmangels gegebenen Unterschrift ungültig. Denn schon allein die Zumutung, einen solchen Vertrag durch Unterschrift anzunehmen, empfinden

rechtlich denkende, ehrenhafte Menschen als einen Faustschlag ins Gesicht. Aber solche Verträge liegen auch nicht einmal im Interesse der Arbeitgeber selbst, denn wenn sich trotz allem Namenstanz unter ein betragliches Schriftstück zu setzen, so trägt doch diese rechtslose Ausnutzung des schwächeren Kontrahenten durch die Arbeitgeber nur dazu bei, Verleumdung zu erregen und die Arbeitsfreude und das gegenseitige Vertrauen zu zerstören. Unter solchen Umständen ist es unmöglich, in gemeinsamer Arbeit ein Handwerk, eine Berufsgruppe zur Blüte zu führen. Das sollten sich auch einseitige Arbeitgeber sagen.

Den Elektromonteur aber, die durch solche und ähnliche Arbeitsverträge den unehelichen Elementen gleichgestellt werden, rufen wir zu: „Soll das so bleiben?“ Willigweise dürfen wir der Intelligenz der Elektromonteur doch die Einsicht zutrauen, daß sie von dem Gros ihrer Arbeitgeber nicht erwarten können, daß diese sie ohne weiteres beim Abschluß des Arbeitsvertrages als gleichberechtigt anerkennen werden. Auch die Berufsgruppe der Elektromonteur wird nicht daran vorbeikommen, ihrem Stande, ebenso wie das andere Stände schon taten, durch das Mittel der organisierten Selbsthilfe die Anerkennung und das Recht der Mitbestimmung beim Abschluß des Arbeitsvertrages zu erkämpfen. Wie können sie von anderen etwas erwarten, wo sie in ihrer Mehrzahl nicht einmal den ernstlichen Willen und die Bereitschaft zur Selbsthilfe durch ihren Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation gezeigt haben? In manchen Orten steht ja noch über die Hälfte der Berufsmitglieder der Organisation fern. Ziele Kollegen „Sparen“ die Verbandsbeiträge — freiwillig zugunsten der Arbeitgeber! Die Arbeitgeber fühlen sich darum auch „aus Dankbarkeit“ bewegen, das Sprichwort zu Ehren zu bringen: „Wer sich treten läßt, verdient auch getreten zu werden.“

Der Elektromonteur kann und darf nicht länger mehr säumen, zur gewerkschaftlichen Selbsthilfe zu greifen, wenn er nicht will, daß die Verhältnisse in seinem Berufe noch weiter hinter die anderer Berufe zurückgedrängt werden. Jeder Vorwurf, der ihn unter solchen unwürdigen Bedingungen zur Arbeit rufen sollte ihm immer wieder zum Bewußtsein bringen, wie dringend notwendig es ist, auch den letzten Berufscollegen der Organisation zuzuführen. Deshalb, ihr Berufscollegen, hinweg mit der alten Bequemlichkeit und Lethargie; werben wir vielmehr unterdrücken und unermüdet unter unjenseitigen Lebensgefährten für den christlichen Metallarbeiterverband. Selbst ist der Mann! Arbeiten wir darum mit allen Kräfte an einer würdigen Neugestaltung unserer Verhältnisse. Unsere Lösung sei: „Elektromonteur, vorwärts!“

Der Etat der Kgl. Württembergischen Hüttenwerke vor den Kgl. Ständen.

IV.

Der Abg. Kollege Andre ging dann auf die Zustände im Wasserfallinger Werke des näheren ein: Die Arbeiter führten Klage darüber, daß sie sehr oft dadurch an Weiterarbeiten gehindert seien, daß die nötigen Skizzen und Zeichnungen nicht rechtzeitig beigebracht werden. Es dauere dann manchmal auch 2 bis 3 Stunden, bis die Arbeiter eine neue Arbeit angewiesen erhielten. Es heiße dann einfach: „Die Zeichnung ist noch nicht da,“ oder „ich habe noch keine Arbeit für Sie,“ oder „Sie müssen eben warten bis Sie an die Reihe kommen.“ So sind die Arbeiter gezwungen, oft stundenlang müßig im Betriebe zu weilen. Das ist aber nicht ihre Schuld, sondern die Schuld der Aufsichtsorgane, der Verwaltung. Diese Gesichtspunkte sollten insbesondere die Regierung veranlassen nach dem Rechten zu sehen und dafür Sorge zu tragen, daß von oben herunter strenge darauf hingearbeitet wird, daß die Arbeiter, solange sie im Betriebe sein müssen, auch in der Lage sind, ihre Arbeitszeit voll und ganz auszunutzen. Was diesen Verhältnissen heraus, verbunden mit dem Mangel an technischen Einrichtungen, sei es zu verstehen, wenn z. B. die Kohlenproduktion in Wasserfallingen teurer komme, als in Kottburenbetrieben. Der Arbeiter wird man aber daraus den Vorwurf, daß sie ihre Pflicht nicht erfüllen, nicht machen können.

Des Weiteren wurde gesagt, daß sich bei der Vergütung der Arbeiter mehr oder weniger ein Unbilliges in der Wirtschaft eingeleitet habe. Mithin geborenen Arbeitern gibt man schlechte Arbeit und zwar nicht nur einmal, sondern mehrmals, wodurch die Leute recht wenig verdienen. Durch die Garantie eines Stunden- oder Mindestlohnes könnte erreicht werden, daß einzelne Arbeiter nicht so sehr unter gewissen Bedingungen der Herren Meister zu leiden haben. Die wiederholte Vergütung schlechter Arbeit an einzelne Arbeiter trägt nicht zur Erhöhung der Schaffensfreude und der Arbeitslust bei!

Von den Walzwerkarbeitern heißt es in dem Gutachten der Herren Spannagel und Dücker: die Walzwerkarbeiter seien „wenig leistungsfähig und zuverlässig“, auch soll „harter Wechsel ungünstig einwirken“. Weiter wird gesagt: „Zweifellos entwickelt dieser Arbeiterstand im Rheinland und Westfalen eine bedeutend höhere Leistungsfähigkeit bei allerdings wesentlich höheren Löhnen.“ Als Grund für die geringe Leistungsfähigkeit geben die Herren Spannagel und Dücker „die mangelhafte Ernährung dieser Arbeiterkategorie“ an. Hört man die Arbeiterverhältnisse der Walzwerkarbeiter in Betracht, so ist zu beobachten, daß dieselben täglich eine Schicht von 12 Stunden zu arbeiten haben, daß sie unter einer so großen Hitze arbeiten müssen, daß sie, wie sich ein Arbeiter ausgedrückt hat, „oft keinen trockenen Felsen mehr an Leibe haben“. Wenn man nun sieht, daß 50 Walzwerktagelöhner, wie aus der amtlichen Statistik hervorgeht, nur einen Stundenlohn von 30 Pfg., 37 Walzer nur einen solchen von 37,3 Pfg. erhalten, dann kann man allerdings nicht sagen, daß das Lohne sind, welche diese Arbeiterkategorie in den Stand setzen, auch vollwertige Arbeit leisten zu können. Die erste Voraussetzung für vollwertige Arbeitslust ist doch, daß dieselben auch wirtschaftlich so gestellt sind, daß sie sich genügend zulassen können, um eine betrieblig angestrengte Arbeit andauernd leisten zu können.

Der Redner nahm sodann Stellung zu der Alkoholfrage im Betriebe und bemerkt, daß die Verwaltung durch Vermehrung der Abgabe von Tee, Kaffee, Milch usw. auch dagegen das Ihrige tun könne. Aus diesen Gesichtspunkten heraus müsse die Verwaltung den Hebel ansetzen. Man hat sonst in der Industrie die Erfahrung gemacht, daß die am teuersten bezahlten Arbeiter die billigsten sind. Sie gut bezahlten Arbeiter wissen, was sie dem Arbeitgeber schuldig sind, sie geben ihr Bestes und erfüllen auch ihre Pflichten voll und ganz. Wenn man aber den Wasserfallinger Arbeitern 50 Pfg. Stundenlohn bezahlt, die in großer Hitze

so kann man wirklich nicht verlangen, daß diese Leute sich übermäßig anstrengen und in wenigen Jahren ihre Gesundheit und ihre ganze Arbeitskraft dabei aufs Spiel setzen. Man hat von Regierungseite durchblicken lassen, daß seit einigen Jahren ein Umschwung in der Denkungsart der Wasserfallinger Arbeiter eingetreten sei. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß damit angedeutet werden sollte, daß eben die Organisation der Arbeiter diesen Umschwung bedingt habe. Ich muß aber entschieden bestritten, daß hierin ein Umschwung zu Ungunsten des Wertes eingetreten ist. Das Pflichtbewußtsein der Arbeiter hat nicht nachgelassen. Ich glaube, so gut wie die Regierung das Recht hat, sich auf die Verwaltungswörter zu berufen, so gut hat auch die Arbeiterschaft das Recht in dieser Sache gehört zu werden. Wir christlichen Gewerkschaftler bekämpfen jede Schamerei innerhalb der Arbeiterschaft. Die gewerkschaftlichen Organisationen wollen nicht, daß die Arbeiterschaft nicht ihren Verpflichtungen nachkommt. Im Gegenteil, sie erzielen die Arbeiterschaft in dem Sinne, daß der einzelne voll und ganz seine Pflicht zu erfüllen hat. Wenn auf der einen Seite die Gewerkschaften für Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen und in dieser Beziehung Forderungen stellen, wenn sie eintreten für gerechte und auskömmliche Entlohnung, so sind sie es auf der anderen Seite auch, die das Pflichtbewußtsein der Arbeiterschaft stärken und heben und durch ihre ganze Vorbereitungsarbeit dazu beitragen, daß ein leistungsfähiger, hochstehender Arbeiterstand geschaffen und dauernd erhalten wird.

Weiter wünscht Redner, daß der Arbeiterausschuß mehr gehört wird und derselbe das Recht haben sollte, mit der Verwaltung zu beraten, wie Mißstände beseitigt werden können. Der Abschluß von Tarifverträgen sei durchzuführen und es wäre zu begrüßen, wenn dabei auch Organisationsvertreter hinzugezogen werden. Zum Schluß hofft und wünscht Abg. Kollege Andre, daß die harten Urteile im Finanzausschuß gegenüber der Arbeiterschaft, einer gerechten Würdigung im einschränkenden Sinne unterzogen werden, was zum Frieden zwischen der Verwaltung und der Arbeiterschaft, wie auch zu einer gedeihlichen Entwicklung des ganzen Wertes beitragen würde.

Der nachfolgende Redner, Abg. Reichel, schloß sich im wesentlichen diesen Ausführungen an. Besonders vertret er den Antrag auf Zurückziehung von Organisationsvertretern zum Abschluß von Tarifverträgen in den Kgl. Hüttenwerken. Weiter bemängelt Redner einige Zustände der Knappschaftskasse.

Sodann nahm der Staatsminister der Finanzen v. Gieseler das Wort. Er führte zunächst aus: „Der Herr Abg. Andre hat sich über das schlechte Prädikatszeugnis beschwert, das seitens der Bergverwaltung den Arbeitern in Wasserfallingen ausgestellt worden sei. Er hat zur Verteidigung der Arbeiter gegen dieses Prädikatszeugnis seinerseits weitgehende Angriffe gegen die Bergwerkverwaltung unternommen und sie mit vielen Einzelheiten belegt, die er teilweise schon in der Sitzung des Ausschusses vorgebracht hat und die größtenteils jetzt hier nicht näher kontrolliert werden können. Ich möchte hierauf zunächst erwidern, daß ein schlechtes Prädikatszeugnis über die Wasserfallinger Arbeiter meines Wissens in dieser Allgemeinheit im Finanzausschuß nicht ausgesprochen worden ist. (Andre: Doch, doch!) Es wurde nur über einen Teil der Arbeiter der Gießerei ein nicht ganz günstiges Urteil abgegeben, und dieses nicht ganz günstige Urteil wird im wesentlichen von der Bergwerkverwaltung aufrecht erhalten.“

Zu Einzelheiten der Angriffe des Abg. Andre übergehend bemerkt der Minister, daß er sich wegen der bemängelten technischen Einrichtungen und der dadurch beeinträchtigten Leistungsfähigkeit der Arbeiter für eine größere Vergütung nicht aussprechen wolle. Er meinte aber, in Unberathet dessen, daß gerade die Gießerei, die hauptsächlich in Frage komme, saniert werden solle, seien die der Verwaltung gemachten Vorwürfe nicht berechtigt. Ueber die Ansicht des Abg. Andre, daß zu wenig Hilfsarbeiter in der Gießerei vorhanden seien, könne er sich persönlich kein weiteres Urteil ausdrücken. Die Ansicht der Bergverwaltung sei die ungelehrte. Daß eine Güntlingswirtschaft in Wasserfallingen vorhanden sei in dem Sinne, daß mißliebige Arbeiter absichtlich mit schlechten Alforden bedacht worden seien, glaubt der Minister nicht. Er meint aber: „Ein solches Verfahren wäre ja zweifellos ein unqualifizierbares.“

Bezüglich der Annahme, daß die Hüttenwerkverwaltung einigermassen für die ungenügende Ernährung der Arbeiter verantwortlich sei, beklagt sich der Minister darüber, daß von den auf den Werken verarbeiteten Nahrungs- und Stärkungsmitteln ein nicht genügender Verbrauch gemacht werde. Er wünscht besonders, daß die Gewerkschaften, von deren Einfluß auf die Verbesserung der Verhältnisse der Arbeiter man gesprochen habe, auch eine Belehrung in dem Sinne ausüben, daß der Alkoholgenuß unter der Arbeiterschaft eingeschränkt wird. Abg. Kollege Andre machte hierzu den Zwischenruf: „Geschichte!“ Der Herr Minister bezeichnete diese Tätigkeit als eine erspriechliche, wofür die Hüttenverwaltung dankbar sei. An dem Alkoholgenuß auf den Hüttenwerken habe sie keinen Gefallen. Hinsichtlich der Bemerkungen des Abg. Andre, die Tätigkeit des Arbeiterausschusses betr. äußerte sich der Herr Minister wie folgt:

„Wenn er sodann hinsichtlich der Tätigkeit des Arbeiterausschusses ausgeht, daß, sobald es sich um Lohnfragen handle, der Arbeiterausschuß gar nichts zu sagen habe, so wird mir verziehert, daß die Tätigkeit des Arbeiterausschusses ganz wesentlich auf die Behandlung von Lohnfragen gerichtet sei, und soweit ich unterrichtet bin, ist es jedenfalls nicht richtig, daß er nichts mit Lohnfragen zu tun habe. Denn wenn es sich um allgemeine Lohnfragen handelt, wird der Arbeiterausschuß seit längerer Zeit regelmäßig gehört. Daß Gratamen besteht ja hier nur darin, daß nicht über jede einzelne Lohnbifferenz, die zwischen der Verwaltung und einem einzelnen Arbeiter ausbricht, eke sie entschieden wird, der Arbeiterausschuß gehört, bzw. daß der Arbeiterausschuß nicht zum Schlichter herantiger Differenzen bestellt wird. Auch sonstige Wünsche und Bitten kann der Arbeiterausschuß, das möchte ich im Gegensatz zu den abweichenden Ausführungen des Herrn Abg. Andre anführen, jederzeit vorbringen. Eine Frage ist natürlich, ob sie beachtet werden können; das ist aber bei allen Wünschen und Bitten der Fall. Der Ausschuß handelt durchaus innerlich seiner Befugnisse, wenn er solche Bitten vorlegt, und ich zweifle nicht, daß die Wünsche und Bitten, die er vorbringt, stets von der Verwaltung werden geprüft werden.“

Zur Frage der Lohnaufbesserung und Arbeitszeitverkürzung führte der Herr Minister weiter aus, daß hier jeder Fortschritt nur ein schrittweiser sein kann. Der wichtigste Gesichtspunkt der Verwaltung zur Zeit geht dahin, so schnell als möglich zu einer Verbesserung der Werte zu gelangen. Andere Interessen müssen da eintreten

Zeit in den Hintergrund treten. Dieses Bestreben der Verwaltung ist schon eingetragt worden durch die in der Ver-

Was die Zustellung von Vertretern der Arbeiterorganisa-

„Supis“ der Broschürenschrreiber und seine sozialdemokratischen Hintermänner am Pranger!

Als der frühere Angeklagte des Zentralverbandes der Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter, Wolf, im August vorigen Jahres seine Schmähbroschüre „Aus einer christlichen Gewerkschaft“ herausgab, jubelte die Genossenpresse.

Am 22. und 23. Oktober wurde nun in der Klagesache Oswald-Trennert-Kartter gegen Wolf am Schöffengericht in

Wie ist nun das Ergebnis dieser Untersuchung zur Führung des „Wahrheitsbeweises“ für die Schmähbroschüre des Wolf?

In der Verhandlung des Wolf-Prozesses durch die sozialdemokratische „Niederrheinische Abt.-Ztg.“, deren Redakteur ja auch Leidtragender (mit 3 Wochen Gefängnis) ist, tritt dieses

Den Genossen und besonders dem Herrn Wolf steht es schlecht an, über die Tarichenssumme für den Solnhofener Streik

Als auch diese Beweisführung des Herrn Wolf ist zu seinen Ungunsten ausgefallen. Nicht in einem Punkte ist der

Wegen außerordentlich schwerer Verleumdung wurde Wolf nach §§ 185 und 186 des Str.-G.-B. zu 400 Mark Geldstrafe

Durch die Verurteilung Wolfs ist die Sozialdemokratie moralisch mitgetroffen und an den Pranger gestellt. Die rote Presse hat die Verleumdungen Wolfs gierig aufgegriffen

Die christlichen Gewerkschaftler aber setzen was davon zu halten ist, wenn Renegaten wie Wolf über deren Helfershelfer

Vorstände- und Vertrauensmännertagung der Sauerländischen Ortsgruppen im zweiten Verbandsbezirk.

Am Sonntag den 22. Oktober fand im Lokale des Herrn Schröder in Fimmentrop eine Vorstände- und Vertrauensmännertagung

Der Bezirksleiter, Kollege Schmück-Wöln, begrüßte in kurzen Worten die erschienenen Kollegen, legte den Zweck der Zusammenkunft dar

Die sich an den Vortrag anschließende lebhafteste Diskussion ergab die einstimmige Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten.

Im weiteren Verlauf der Konferenz sprach dann noch Kollege Gierz-Siegen über die zukünftigen Aufgaben der einzelnen Ortsgruppen im Lennetal, sowie über die gegenwärtige

nahmen zu deren Milberung. Das Resultat der einmütig und ausgiebig verlaufenen Konferenz war die einstimmige Annahme

Kollegen des Sauerlandes! Die Konferenz hat uns praktische Ratschläge gegeben für unsere zukünftige Arbeit auf den verschiedensten Gebieten.

Aus der Arbeiterbewegung.

Buchdruckerarif und christliche Gewerkschaften.

Zur jetzigen Situation im Buchdruckgewerbe nach dem Neuausschluß des Tarifes nimmt das Zentralblatt (Nummer 22 1911) in einem Leitartikel eingehend Stellung.

Das Zentralblatt führt eine Menge von Belegen und eine Anzahl Pressstimmen aus den verschiedensten Parteilagern an, die den Beweis dafür erbringen, daß die angelegte Neutralität des Buchdruckerverbandes ettel Humbug

An den Zuständen im Buchdruckgewerbe ist die Öffentlichkeit mehr interessiert als an den Vorgängen in irgend einem andern Berufe. Durch die Zeitungen wird die Öffentlichkeit weitgehend beeinflusst.

Der „Sieg“ des Verbandes bei der letzten Tarifrevision ist mit ein „Phyrrussieg“; der gegenwärtigen Janfare des Buchdrucker-Korrespondenten wird die Chamade wieder genau so folgen, wie dies 1906 gelegentlich der Schaffung und 1907 bei der Aufhebung des Monopolvertrages der Fall war.

Eine neue Tabakarbeiterausperrung.

Kaum ist der Kampf in der niederheinischen Tabakindustrie beendet, da setzt er auch schon in der westfälischen und niederelbischen Zigarrenindustrie mit bestrebtlicher Schärfe wieder ein.

Diese gewaltige Ausperrung ist von den Fabrikanten aus einer geringfügigen Ursache ins Werk gesetzt worden. Die Arbeiter hatten bei 12 Firmen beschriebene Forderungen gestellt. Die wirtschaftliche Lage der westfälischen Tabakarbeiter erblickt

baraus, daß nach dem Berichte der Tabak-Veru... wessenhaft in den drei wichtigsten Kreisen 11 557 Arbeiter...

Bei diesem, ihnen von den Fabrikanten aufgenötigten Kampfe werden unsere christlich organisierten Tabakarbeiter...

Die Gelben schwindeln weiter.

Auf der Dresdener Tagung der Gelben am 31. Juli... wurden, wie wir in unserer Nr. 41 berichteten, christliche...

Gemgegenüber stellen wir hier folgendes fest: Das „gangebare Geschäft“, das der Vater des Schütz in Nürnberg nach...

Bestrafte sozialdemokratische Verleumder.

In Schweinfurt hatte feinerzeit die Verteilung eines Flugblattes...

Moralische Verleumdung.

hatte die sozialdemokratische Fortmunder „Arbeiterzeitung“ dem Reichstagsabgeordneten...

Freigewerkschaftliche „Bildungsarbeit“.

In den sogenannten „freien“ Gewerkschaften werden zur „Aufklärung“...

Den Inhalt der Gemeinheiten wiederzugeben, verbietet der Anstand. Es genügt zu berichten, daß die Referentin...

Die Referentin gab Gebrauchsanweisung und Bezugsquellen solcher Vorbeugungsmittel bekannt...

Handlügen.

Die „Streikunterstützungsfahrer“ der Kriegservereine, welche der Krieger- und Landwehrverband...

eine Versicherungskasse für ihre Mitglieder zu errichten, woraus sie bei Ausfällen und Ausperrungen unterstützt werden sollen.

Ein sehr einfaches Exempel. Der neue Hoheisenverkand ist jetzt endgültig perfekt; alle Hoheisenwerker...

Das Hoheisen wird bekanntlich ausschließlich in den Hochöfen produziert. Die Feuerarbeiter dieser Werke müssen jahrelang...

Ist das Jahrgeld zur Arbeitsstätte vom Feuerpflichtigen Einkommen abzugsfähig? In Düsseldorf...

Zur Wirtschaftslage äußerte sich der Generaldirektor Kirdorf der Selsenkühener Bergwerksaktiengesellschaft...

Auf alle Fälle sollten die Arbeiter der Schwerindustrie durch Ausbau der Organisation...

Aus der Metallindustrie. Fünfundzwanzig Prozent Titandende erhalten die Stammapkationen der Deutschen Gasglühlicht-W.G. während auf die Vorzugsaktien fünf Prozent fallen.

Gewerkschaftsschädigen den Uebermut mußten wir schon früher einmal beim holländischen Diamantarbeiterverband...

Die Firma betreibt eine Zweigfabrik in Antwerpen. Eine Anzahl Arbeiter des Antwerpener Werks erklärten nun ihren Austritt...

Wir müssen gestehen, daß diese Interpretation des Gewerkschaftswortes...

„Ginen unreifen Vurschen“ nannten die Genossen den Dalmatiner Negus...

„Es heiße unserer Partei, die ich vertrete, Abbruch tun, wenn ich sagte, Negus ginge unsere Partei nicht an.“

Kenzeichnend für die sozialdemokratische Presse, einschließlch der roten Arbeiterzeitung...

Die Taten der Genossen harmonieren bekanntlich meist durchaus nicht mit ihren schönen Theorien.

In Kaiserlautern hat jüngst der in seiner Mehrheit sozialdemokratische Stadtrat beschlossen, den städtischen Bier- und Weinsoll auf weitere 15 Jahre zu erheben. Zu dieser Sache selbst wollen wir uns hier nicht äußern, die mag man in Kaiserlautern unter sich ausmachen. Wir wollen mit der Erwähnung dieser Angelegenheit an dieser Stelle nur zeigen, daß die Sozialdemokratie ihre sog. prinzipiellen Forderungen selbst nicht einmal verwirklicht, wo sie die Macht dazu doch in Händen hat. Freilich mit schönen Agitationsblättern lassen sich nicht einmal die Betriebsmittel für den Gauhalt einer Gemeinde, geschweige denn die für ein großes Staatswesen aus dem Boden stampfen. Da müssen die roten Räder eben mit demselben Wasser kochen wie andere Leute auch. Das hindert freilich die rote Feuchterlippe keineswegs, die christlich-nationalen Arbeiterabgeordneten wegen ihrer politischen Mitarbeit bei der Schaffung neuer Einnahmen für den Reichshaushalt in der demagogischsten Weise zu verächtlichen, einschüchternden Arbeiter werden den Demagogen aber dafür bei Gelegenheit die rechte Antwort nicht schuldig bleiben.

Unter den Kammer gekommen ist neuerdings auch das rote Gewerkschaftshaus in Bonn. Das dortige sog. „Volks- haus“ wurde vor vier Jahren von einer eigens dazu gegründeten G. m. b. H. erworben, um den sozialdemokratischen Gewerkschaften und der Partei als Verkehrs- und Versammlungshaus zu dienen. Der Vertrag der Pachtungsversteigerung ist auf den 15. Dezember festgesetzt. Das verachtete Haus der Eisener Gewerkschaften erwarb seinerzeit bekanntlich der Großindustrielle Stinnes und dasjenige der Kasseler Gewerkschaft der Lokomotivfabrikant Henschel; über das Bonner „Volks- haus“ erwarbt sich vielleicht der Großindustrielle Soenneken. — „Ja, ja, es ist doch ein Kreuz mit den Gewerkschaftshäusern“ höhnte ein gewisse Demagoge — so ähnlich konnte man wenigstens vor einigen Wochen im Correspondenzblatt der Generalcom- mission zwischen den Betten lesen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Offen-Ruhr. Einen schönen Erfolg für die Arbeiter- schaft brachte eine Lohnbewegung auf der Vorbecker Maschinen- fabrik und Gießerei. Schon seit mehreren Monaten wurden seitens des christlichen Metallarbeiterverbandes Erhebungen ange- stellt über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, bis Mitte Juli eine öffentliche Versammlung hierzu Stellung nahm und die Organisation beauftragte, einen Vertragsentwurf auszuar- beiten und der Firma zu unterbreiten. Am 4. Oktober wurde der Entwurf mit einem Begleitschreiben der Firma zuge- sandt, auf das hin am 10. Oktober sich das Direktorium bereit erklärte, mit den Organisationsvertretern zu verhandeln. Im Verlaufe dieser Verhandlungen wurde folgender Vertrag angenommen:

Tarifvertrag

vereinbart am 27. Oktober 1911 zwischen der Vorbecker Maschi- nensfabrik und Gießerei Berge-Vorbeck, und dem Christlichen Metallarbeiterverband u. dem Deutschen Metallarbeiterverband.

§ 1. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden, und zwar im Sommer von 7—12 Uhr und von 1 1/2—6 Uhr; im Winter von 7—12 Uhr und von 1—5 1/2 Uhr.

§ 2. Stundenlohn:

	für ungelernete	gelernte Arbeiter
unter 18 Jahren	25 S.	38 S.
von 18—20 Jahren	35 S.	42 S.
von 20—26 Jahren	40 S.	45 S.
über 26 Jahren	42 1/2 S.	50 S.

Für die Leute, die diesen Lohn schon verdienen, wird eine Lohnzulage von 8 Pfg. bewilligt.

§ 3. Es findet eine Erhöhung der aufbesserungsbedürftigen Abschläge statt.

a) Arbeiter ein Mann an mehreren Arbeitsmaschinen gleichzeitig, so werden die Abschläge nicht abbüxt, son- dern wird das arithmetische Mittel plus 5% derselben zur Ver- rechnung gebracht.

b) Die Vereinbarung d. S. Abschlagspreises erfolgt vor Be- ginn des betreffenden Arbeitsjahres.

c) In jeder Werkstatt wird ein Buch mit den die Werk- stätt betreffenden Abschlägen zur Einsichtnahme durch die Arbeiter der diesbezüglichen Werkstätten aufgelegt.

d) Kommt bei Stößen, die das erste Mal angefertigt werden, eine Abschlagsvereinbarung nicht zustande, so wird das erste Stück in Schichtarbeit hergestellt. Die Höhe des Abschlagsbetrags beträgt 5% weniger als der Durchschnitts- abschlagsbetrag der letzten drei Monate des betreffenden Ar- beiters.

e) Einmal festgesetzte Abschläge sollen nach drei Monaten nach ihrer ersten Festsetzung nur reduziert werden, wenn entweder eine Verbesserung des Materials, der technischen Einrichtungen oder eine Vereinfachung des betr. Werkstückes vorgenommen wird.

§ 4. Arbeit eine Stunde vor Beginn und eine Stunde nach Schluß der Schicht wird nicht als Ueberstundenarbeit angesehen. Für Mehrstunden von: eine Stunde nach Schicht bis 9 Uhr abends werden 25%, für Nacharbeit von 9 Uhr abends bis Beginn der Morgenschicht werden 50% und für Arbeit an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen werden 100% Zuschlag zu den Löhnen gezahlt.

§ 5. Beurlaubungen. a) Wie bisher wird der im Beurlaubungsvertrag festgesetzte Tagesverdienst garantiert. b) Beurlaubungs- abschläge gelten nicht für Vollarbeiter.

§ 6. Es wird aus der Arbeiterkassenschatz nach dem Verhält- niswahrscheinlich ein Arbeiterauschuss gewählt, der im Namen der Belegschaft und für diese verbindlich zu verhandeln hat.

§ 7. Bei Arbeitsmangel soll nach Möglichkeit von Ar- beiterentlassungen abgesehen werden.

Dieser Vertrag tritt am 1. Dezember 1911 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 1913. Er verlängert sich still- schweigend um je ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens am 30. September eine Kündigung zum Jahresschluß erfolgt.

Bergevorbeck/Offen-Ruhr, der 27. Oktober 1911.

Für die Vorbecker Maschinenfabrik und Gießerei
Kasenstein: J. Hentel
Für den christlichen Metallarbeiterverband
H. Hirtjeser. H. Pabberg
Für den Deutschen Metallarbeiterverband
E. Brüller.

Mit dem Abschluß des Tarifs sind langgehegte Wünsche der Arbeiterschaft erfüllt, und es liegt jetzt an den Kollegen, das Erreichte nicht nur festzuhalten, sondern mit der Zeit auch noch weiter auszubauen. Die Vorbecker Maschinenfabrik und Gießerei verfertigt als Spezialität Dampfermaschinen und beschäftigt circa 200 Mann, von denen der größte Teil dem christlichen Metallarbeiterverbande angehört. Nur der Ge-

schlossenheit und Einigkeit der Arbeiterschaft ist es zu ver- danken, daß der Tarif für sie so günstig abgeschlossen werden konnte. Nun gilt es aber für die Kollegen, nicht nur selbst festzuhalten an Verband, sondern dafür zu sorgen, daß auch der letzte Arbeiter der Vorbecker Maschinenfabrik, ob jung oder alt, unserem Verbandszugehörig wird.

Zur Lohnbewegung in der Bielefelder Metallindustrie.

Nachdem von den Arbeitern der fünf großen Nähmaschinen- und Fahrradwerke die Zugeständnisse der Arbeitgeber akzeptiert worden sind, haben die Arbeiter der übrigen Werke ebenfalls Forderungen eingereicht. Diese sind im Rahmen der Zugeständnisse der fünf großen Werke gehalten und haben folgen- den Wortlaut:

„Wie Ihnen bereits bekannt sein dürfte, sind auf die Forderungen der Arbeiter der fünf größten Bielefelder Näh- maschinen- und Fahrradfabriken in den Vergleichsverhand- lungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeit- nehmer folgende Vereinbarungen getroffen worden: (Es folgen die von uns bereits in Nr. 42 veröffentlichten Vereinbarungen.)

In einer gestern abgehaltenen Versammlung der Arbeiter Ihrer Firma wurden die Vertreter der beteiligten Arbeiter- verbände beauftragt, Ihnen diese Vereinbarungen zu unter- breiten und Sie um Ihren Beitritt zu denselben zu ersuchen. Bezüglich der Bestimmung, daß die Vesperpause in Weg- fall kommen soll, möchten wir bemerken, daß wir es in Ihre Ermessen stellen, nach Rücksprache mit Ihren Arbeitern, dem bisherigen Brauch entsprechend, die Pause beizubehalten.

Wir glauben, daß wir bei Ihnen die Kenntnis von der Einleitung und dem bisherigen Verlauf der Bewegung voraussetzen und darum auf eine ausführliche Begründung der vorstehenden Vereinbarungen verzichten dürfen. Immer- hin stehen wir zu jeder mündlichen Verhandlung jederzeit zu Ihrer Verfügung.

Wir bitten Sie höflichst, uns Ihre Antwort bis zum 24. Oktober übermitteln zu wollen.“ (Unterschriften.)

Die in Frage kommenden Werke hatten am 23. Oktober auf der Handelskammer zu Bielefeld eine Sitzung ab, um zu der eingegangenen Eingabe Stellung zu nehmen. Sie glaubten nun, nicht die Eingabe voll und ganz berücksichtigen zu können und ließen den Organisationen nachstehende Antwort zugehen:

„In der am 23. Oktober 1911 in der Handelskammer stattgefundenen Sitzung von Vertretern der hiesigen Eisenindustrie wird der Geschäftsführer Dr. v. Mäheraden beauftragt, be- züglich der Arbeiterforderungen, welche in denjenigen Betrieben gestellt worden sind, die nicht der Nähmaschinen-, Fahrrad- und Automobilindustrie angehören, mit den Vertretern der Ar- beiterorganisationen in Verbindung zu treten, und zwar auf folgender Grundlage:

1. Die Frühstück-, Mittags- und Vesperpausen bleiben in den in Betracht kommenden Betrieben bestehen. (In Frage kommen die Betriebe der Eisenindustrie mit Ausnahme der Nähmaschinen-, Fahrrad- und Automobilindustrie.)

2. Die im Jahre 1911 erzielten Lohnsätze bleiben von den jetzt vorzunehmenden Löhnerhöhungen unberührt.

3. Als Lohnerschöpfung werden gewährt einheitlich 2 Pfg. pro Stunde für die im Tageslohn beschäftigten Arbeiter.

4. Die getroffenen Vereinbarungen treten mit der ersten Lohnperiode des Jahres 1912 in Kraft.

5. Die getroffenen Vereinbarungen sind für sämtliche Betriebe der Eisenindustrie ohne Vornahme weiterer Lohn- zugeständnisse für mehrere Jahre festgelegt.

J. A. der beteiligten Werke: Dr. Fehr von Mäheraden.“

Nach einer Aussprache der Organisationsvertreter wurde beschlossen, den Werken, resp. dem Syndikus der Handels- kammer Herrn Dr. Fehr von Mäheraden mitzuteilen, daß auf der von ihnen vorgeschlagenen Grundlage keine Ein- gung erzielt werden könne, daß insbesondere vielmehr darauf bestanden werden müßte, daß die materiellen Forderungen der Arbeiter von den Werken anerkannt werden.

Tausend traten die Arbeitgeber nochmals zu einer Sitzung am 1. November zusammen und beschloßen, daß sie die ma- teriellen Forderungen anerkennen und ebenfalls die geforderte Arbeitszeitverlängerung zugestehen wollen. Die Einteilung der Arbeitszeit resp. die Verteilung der Pausen, wünschen sie mit ihren Arbeitern erledigen zu können. Die übrigen Punkte der Forderungen wurden ebenfalls zugestanden. Die Regu- lierung der zugestandenen Bewilligungen wünschen die Arbeit- geber bis zum 1. Januar 1912 zu verschieben, da sie dann mit der neuen Kalkulation der Fabrikate auch rechnen könn- ten, welches ihnen augenblicklich unmöglich sei. Hierüber läßt sich sicher eine Verständigung herbeiführen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung ein- zujucken, andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Schloß-Holte. Auf der „Holter Eisenhütte“ (Inh. Dr. G. Tenge) stehen die Arbeiter im Streik. Bezug ist fernzuhalten.

Siegen. Ueber die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Bergbauerei ist die Sperre verhängt.

Willingen, (Kreis Nees). Auf dem Puddel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter im Streik. Bezug ist fernzuhalten.

Dortmund-Unnen. Ueber die Gießerei der Firma Krupp in Unnen ist die Sperre verhängt.

Barmen-Elberfeld. In der Metallindustrie hier- selbst und der der Umgebung stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Bezug ist streng fernzuhalten.

W-Gladbach. Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahnsignal- Bauanstalt und Eisenfabrik, hat ihre ge- samte organisierte Arbeiterschaft ausgesperrt. Bezug ist streng fernzuhalten.

Meppen. Die Meppener Eisenhütte ist für Metall- arbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gesperrt.

Twistringen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen aus- gebrochen. Bezug von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

Solingen-Paen. Bei der Firma Hofeinz & Co., Maschinenfabrik sind wegen Maßregelung Differenzen aus- gebrochen. Bezug von Schlossern, Hoblern, Feilern und Bohrern ist fernzuhalten.

Röln-Troisdorf. Die Arbeiter der Rheinisch-West- fälischen Sprengstoff A. G. stehen im Kampfe zur Vertei- lung des Koalitionsrechtes. Bezug fernhalten.

Berlin. Die Berliner Former und Eisengießerei- arbeiter stehen im Streik. Bezug ist fernzuhalten.

Neheim-Bremén. Die Stämpfer der Firma Eitel- meter stehen wegen Lohn Differenzen im Streik.

Gevelsberg. Die Arbeiter der Firma Gebr. Schür- hoff, Werkzeugfabrik, stehen zwecks Verteilung von Miß- ständen und Durchführung einer Löhnerhöhung im Streik.

Langerwehe-Schönthal. Bei der Firma Karl Schläpfer & Söhne, Nadelfabrik, sind Differenzen aus- gebrochen. Bezug von Nadeln ist streng fernzuhalten.

Hamburg. Die Elektriker stehen im Streik. Bezug fernhalten.

Krefeld. In den kunstgewerblichen Metallwarenfabriken F. H. Dauenberg, F. P. Kallier Sohn, und Witter & Gobbels stehen die Arbeiter zum Teil im Streik und die übrigen in Kündigung. Bezug ist streng fernzuhalten.

Trier. Wegen Nichtanerkennung des abzuschlossenen Tarifvertrags sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gesperrt. Zurückende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hofenstraße 12 zu melden.

Bezug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.
Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 12. November 1911 der sechsundvierzigste Wochen- beitrags für die Zeit vom 12. bis 18. November 1911 fällig.

Diejenigen Ortsgruppen, welche die Abrechnung vom 3. Quartal noch nicht eingesandt haben, werden ersucht dieses sofort zu tun. In der nächsten Nummer werden die Ortsgruppen zur Veröffentlichung kommen, welche die Ab- rechnung noch nicht eingesandt haben.

München. Das Mitgliedsbuch Nr. 143 650, ausge- stellt auf den Namen Max Springer, Schmitz, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Buschhütten. Als vor längerer Zeit die Bewegung zwecks Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit im Stegerland ein- geleitet wurde, da kamen auch die Arbeiter der Firma Wachen- bach sel. Söhne in Buschhütten in einer Versammlung zusam- men, um zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Nach längerem Hin- und Herreden, wurde man sich dahin einig, vorerst gänzlich ohne Organisation vorzugehen und der Firma eine Witschaft mit obiger Forderung zu unterbreiten. Es wurde in dieser Versammlung schon von unserem Kollegen Gierk darauf hingewiesen, daß dieses Vorgehen ganz ohne Er- folg sein würde; die Kollegen müßten sich erst der Organisa- tion anschließen. Und richtig, als die Witsche, die mit 187 Unterschriften versehen war, in die Hände der Firma kam, fand diese es nicht einmal für nötig, der Arbeiterschaft eine Antwort zu geben.

Diese Geringschätzung der Arbeiter, denn anders kann man ein solches Gebaren der Firma doch nicht nennen, hat manchem Kollegen den Weg in die Organisation gezeigt. Wer aber glaubt, die überlange Arbeitszeit wäre der einzige Mißstand der in diesem Werke besteht, befindet sich sehr im Irrtum. Ueber mancherlei andere Dinge haben sich die Kollegen zu beklagen. Die Tageslöhne stehen durchschnittlich auf einer Höhe von 3,30 bis 3,60 Mark. Wie soll ein Vater seine Familie unter den heutigen Verhältnissen mit einem solchen Lohn durchbringen? Ventilation kennt man in diesem Betriebe über- haupt nicht; kein Wunder also, wenn aus einer bestimmten Abteilung die Kollegen häufig an Halskrankheiten leiden. Weiter- hin ist festgestellt, daß die Krankbetten nur auf den er- wähnten Mißstand zurückzuführen sind und daß hier unbedingt Wandel geschaffen werden müsse. Das Ueberstundenwesen ist an der Tagesordnung, kommt es doch vor, daß einzelne Ar- beiter 10—12, ja noch mehr Ueberstunden in der Woche machen, ohne daß dafür ein Zuschlag bezahlt wird. Die Festsetzung der Abschlagspreise geschieht vielfach erst, nachdem die Arbeit fertiggestellt worden ist. Die Bedürfnisanstalten waren im vergangenen Sommer in einem Zustande, der geradezu schau- selig zu nennen war; Krochen doch denen die Wässer am Körper empor, die sie zu benutzen wagten. Nur durch eine Eingabe von seiten unseres Verbandes an die Kgl. Gewerbe- inspektion wurden diese Zustände abgeändert.

Alle diese Mißstände haben nun begreiflicherweise eine mächtige Erregung unter die Arbeiterschaft gebracht, und eine große Anzahl Kollegen hat sich bereits unserem Verbands an- geschlossen, da sie jetzt einsehen, daß nur durch eine starke Organisation die Verhältnisse zu bessern sind.

Daß dieses Erwachen der Arbeiter manchen Leuten nicht angenehm ist, zeigt uns die Schimpfkomodie eines gewissen Herrn. Die Ausbrüche, wie: „Heizer, Aufhänger, die in Siegen sitzen und den Arbeitern das Geld aus der Tasche loden“, sollen uns nicht nur nicht abhalten, richtig weiter zu verben, sondern im Gegenteil erst recht anspornen, zeigen sie uns doch, daß wir uns auf dem rechten Wege befinden. Deshalb, Kollegen, lassen wir nicht nach in der Agitation, sondern erfülle jeder treu seine Pflicht dem Verbands gegenüber. Die schönen Erfolge der letzten Zeit müssen noch größer werden, und nicht eher wollen wir ruhen, bis auch der letzte Arbeiter der Firma unserem Verbands angehört. Dann wird es uns ge- lingen, hier bessere Verhältnisse herbeizuführen, Kollegen, auf an die Arbeit!

Sagen. „Ein neuer „Sieg“ des Deutschen Metallarbeiter- verbandes.“ Herr Joseph Ernst, seines Zeichens Bevollmäch- tigteter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Vor- sitzender des sozialdemokratischen Wahlkreises, Stadterord- nungsanbiter der sogenannten „Arbeiterpartei“ u. dergl. m. hat vor kurzem einen gewaltigen „Sieg“ errungen. Der Re- dakteur der „Volkszeitung für Mark und Sauerland“, der dem „Freunde Ernst“ schon manche schwere Stunde verschafft hat, wurde wegen Beleidigung des Herrn Bevollmächtigten zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Der beklagte Redakteur hatte näm- lich einen Verjämmlungsbericht veröffentlicht, der nicht ge- rade liebevolle Titulationen für Herrn Ernst enthielt. U. a.

